Aufruf der Kreissynode an die Kirchenmitglieder des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2026

Suche Frieden und jage ihm nach!
(Ps 34, 14)
Werft euer Vertrauen nicht weg!
(Hebr 10, 35)

Wir, die gewählten Vertreter und Vertreterinnen der Kirchengemeinden und kirchlicher Institutionen in der Kreissynode des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises, sind tief beunruhigt, dass durch die Landtagswahl im September 2026 die AfD erneut in den Landtag einzieht. Unsere Sorge richtet sich damit verbunden gleichermaßen auch auf andere populistische Parteien wie z. B. das BSW.

1 Menschenbild

Wir sind beunruhigt, weil Positionen zum Menschenbild im Parteiprogramm der AfD mit dem Evangelium und den Positionen der Evangelischen Kirche nicht vereinbar sind.
Indem die AfD ein völkisch-nationalistisches Menschenbild postuliert, das sich primär über die Zugehörigkeit zu einer ethnisch bestimmten Volksgemeinschaft definiert, stellen sich die Wahlprogramme der AfD gegen das christlich-biblische Menschenbild. Dieses besagt, dass jeder Mensch unmittelbar von Gott seine unantastbare Würde zugesprochen bekommen hat, die uneingeschränkt von Ethnie, Geschlecht, Religion und Weltanschauung gültig ist. Die Menschenwürde ist nach christlicher Auffassung nicht abstufbar und darf nicht mehr oder weniger zuerkannt werden.
Christen und Christinnen bekennen: *„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zu seinem Bilde schuf er ihn.“* (Gen 1,26)

Eine eingeschränkte Anerkennung der Menschenwürde zeigt sich in den Äußerungen der AfD und ihrer Verantwortungsträger, insbesondere im Zusammenhang mit migrationspolitischen Fragen. Dies wird auch dort deutlich, wo Minderheiten bedroht, ausgegrenzt oder in ihren Rechten beschnitten werden können.

Jeder Christ, jede Christin sollte sich fragen, ob eine Partei mit einem völkisch-nationalistischen Menschenbild für ihn, für sie wählbar ist?

2 Fragen zum Angriffskrieg, zum Frieden, zum Klimawandel und zum Wächteramt der Kirche

Wir sind in Sorge, wenn populistische Parteien auf komplexe Fragen – z. B. zum Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, zum Thema Frieden oder zum Klimawandel – vereinfachende Sichtweisen propagieren.
Bei diesen wichtigen gesellschaftlichen Fragen sind Christen und Christinnen zu einem differenzierten Denken und Handeln aufgefordert, z. B. in der Diskussion über den Vorrang des Primats des „Gerechten Friedens“ und der internationalen Zusammenarbeit, während z. B. die AfD hauptsächlich auf nationale Souveränität und nationale Verteidigungsfähigkeit setzt. Im Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis gehört internationale Offenheit zum Selbstverständnis der Kirche, wie sie u. a. in den ökumenischen Kontakten des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises und der Nordkirche sichtbar wird.

Wir lehnen die oft geäußerte Forderung von AfD-Funktionsträgern ab, dass sich die Kirche politischer Stellungnahmen und Aktivitäten enthalten solle. Der Auftrag der Kirche, sich für Ausgegrenzte und Randgruppen einzusetzen, bleibt essentiell, ebenso der Auftrag, das Wächteramt der Kirche (Dietrich Bonhoeffer) als christliche Stimme in der Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Christus verheißt: „*Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“* (Mt 5, 6). Wir werden im Alten und im Neuen Testament an unsere Verantwortung erinnert: *„Tue den Mund auf für die Schwachen.“* (Spr 31, 8) Und *„Wenn Menschen schwiegen, werden Steine schreien.“* (Lk 19,40)

3 Kirchensteuer und Staatsleistungen

Sollte die AfD den staatlichen Einzug der Kirchensteuer und die Staatsleistungen ersatzlos abschaffen (wie z. B. im Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt geäußert), muss uns klar sein: Wenn das in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt würde, würde die für das Gemeinwesen wichtige Arbeit der diakonischen Einrichtungen und der Kirchengemeinden vor Ort massiv eingeschränkt werden.

Auch die Absicht der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, den Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen, halten wir für gefährlich, da für unsere Gesellschaft eine freie, verantwortungsvolle Medienlandschaft und die Akzeptanz verschiedener Meinungen und Haltungen sowie das öffentliche Ringen um Wahrheit, wozu zweifelsfrei auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dient, unerlässlich sind.

4 Leitungsfunktionen

Wir erinnern die Kirchenmitglieder und die Kirchengemeinderäte an ihre Verantwortung, bei künftigen Kirchengemeinderatswahlen die Eignung der Kandidaten und Kandidatinnen zu prüfen.

Das Bibelwort gibt dafür eine Richtung vor*: „Seid darauf bedacht, zu wahren die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens."* (Eph 4, 3) Aber *„prüft die Geister, ob sie von Gott sind; denn viele falsche Propheten sind hinausgegangen in die Welt."* (1 Joh 4, 1)

5 Brückenbauen und Demokratie

Wir bitten die Gemeindeglieder in unserem Kirchenkreis, sich mit den Wahlprogrammen aller Parteien kritisch auseinanderzusetzen.

Zugleich rufen wir auf, AfD-Wähler und Menschen mit AfD-nahen oder populistischen Ansichten in den Kirchengemeinden und anderswo nicht auszugrenzen. Versuchen wir immer wieder, im Gespräch zu bleiben!
Dabei sollten wir zwischen AfD-Wählern sowie Menschen, die mit AfD-affinen Ansichten ihre Sorgen um die Zukunft artikulieren, und denen differenzieren, die Mitglieder und Funktionäre in der AfD sind.

Wer bei unüberbrückbaren Positionen Haltung zeigt und gleichzeitig gesprächsoffen bleibt, gibt andere nicht auf, wie es oft in der Gesellschaft geschieht, da sich gesellschaftliche Polarisierungen beschleunigen und dadurch das Vertrauen in Menschen und in demokratische Institutionen immer weiter beschädigt wird.

Jesus selbst hat immer wieder Gesprächsräume gegen Beschränkungen und Grenzen eröffnet, ohne die Klarheit in Auseinandersetzungen mit seinen Gesprächspartnern zu scheuen. Hier liegt auch eine besondere Verantwortung unserer Kirchengemeinden und kirchlicher Institutionen. Deshalb halten wir das offene und zuhörende Gespräch sowie die kritische Auseinandersetzung mit den Positionen populistischer Parteien auf der Grundlage der Auslegung der Heiligen Schrift für Christen und Christinnen und für die Kirche umso notwendiger. *„Ein jeder Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn, denn der Zorn eines Menschen schafft keine Gerechtigkeit vor Gott."* (Jak 1, 19.20)

Denn Christen und Christinnen sollten in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation Ängste nicht verstärken. Das versuchen populistische Parteien. Stattdessen können und sollten Christen und Christinnen sich, da viele Brücken der Verständigung zwischen Menschen abgebrochen sind, als Brückenbauer verstehen.

Das bedeutet auch, sich konstruktiv für die offene demokratische Gesellschaft einzusetzen, die es im Gegensatz zu autoritären Gesellschaftsformen ermöglicht, dass Menschen mit verschiedenen Überzeugungen und Religionen und unterschiedlicher Herkunft sowie mit divergierenden Weltanschauungen gut und in Rechtssicherheit zusammenleben können.
Der Kolosserbrief ermutigt: *„Eure Worte seien immer freundlich, doch mit Salz gewürzt; denn ihr müsst jedem in der rechten Weise antworten können.“* (Kol 4, 6)

Bei allen Herausforderungen unserer Gegenwart können wir Christen und Christinnen uns immer an Gottes Zuspruch orientieren! *„Darum werft euer Vertrauen nicht weg.“* (Hebr 10, 35)